

Rede von Felix Thier, Fraktionsvorsitzender, zum Haushalt des Landkreises für das Jahr 2021, Kreistagssitzung am 26. April 2021

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Anrede,

wir stellen heute die Weichen für das aktuelle Haushaltsjahr. Das machen wir jedes Jahr, daran ist nichts Neues und auch nicht in einem Wahljahr. Vorab Beratungen in den Fraktionen und Fachausschüssen, mehrere Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses. Begleitet von Stellungnahmen der Bürgermeister*innen und des Amtsdirektors, Kritik auf der einen, Lob auf der anderen Seite.

Und doch ist in diesem Jahr vieles anders. Die Pandemie beschäftigt uns nach wie vor, wir befinden uns weiterhin in schwierigen Zeiten. Unsicherheit, wenig Planbares, Fahren auf Sicht.

Meine Fraktion dankt der Landrätin und dem Kämmerer sowie den Mitarbeiter*innen im zuständigen Fachbereich: Der Haushalt ist solide geplant. Die gleichberechtigte Abwägung der Aufgaben des Landkreises zu denen der kreisangehörigen Kommunen in TF ist vor Aufstellung des Haushaltsentwurfes ordentlich erfolgt. Im Vorbericht zum Haushalt ist die Abwägung ausführlich dokumentiert.

Bei Einbringung des Haushaltes in den Kreistag haben Landrätin und Kämmerer dafür geworben, dass die ca. drei Millionen Euro Zuschuss des Landes für die Kitabewirtschaftung, die den Landkreis erst nach der Haushaltsaufstellung erreichten, 1 zu 1 für die Senkung der Kreisumlage genommen werden. Die 40 Prozent bei der Kreisumlage waren für die Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI daher Grundlage der Haushaltsdiskussion - final hat darüber heute der Kreistag zu befinden.

Bekannt ist, dass sich die Schlüsselzuweisungen des Landes an seine Kommunen nach Einbringung des Haushaltes weiter nach unten verändert haben. Der absolute Betrag der Kreisumlage hat sich damit verringert.

Meine Fraktion vertritt die Ansicht, dass wir, natürlich nicht nur in Krisenzeiten, aber hier eben besonders, die von Landrätin Wehlan oft beschworene, und jüngst durch die Bürgermeister*innen und den Amtsdirektor unterstrichene, kommunale Familie hochhalten

sollten. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie werden uns auch weiterhin alles abverlangen. Und ein Solidarbeitrag aus der Rücklage ist mit dem Blick auf den Kreishaushalt keine Hausnummer, die sich fortschreibt.

Seit fast drei Wochen liegt von meiner Fraktion der Antrag zur Senkung der Kreisumlage auf 37,5 Prozent vor. Dies ist ein tiefer Griff in die Rücklage. Aber eben das zeichnet verantwortliches politisches Handeln aus: In Krisenzeiten darf die öffentliche Hand nicht zum Totsparen beitragen, sie muss investieren bzw. dies ermöglichen.

Es ist daher von Seiten des Kreistages das zu tun, was die Investitionskraft der kreisangehörigen Gemeinden und Städte und des Landkreises sichert. Das ist der größte Beitrag kommunaler Wirtschaftsförderung, den wir - insbesondere für die Bauwirtschaft und die Handwerksbetriebe - leisten können und auch sollten.

Insgesamt sechs von 16 Kommunen in TF haben Haushaltsprobleme. Eine erhebliche Absenkung der Kreisumlage hilft allen - in erster Linie dem strukturschwächeren ländlichen Raum. Aber auch der Norden unseres Landkreises steht infrastrukturell vor großen Herausforderungen, Stichwort Nordraumkonzept.

Für unsere Fraktion ist es daher eine Frage des kommunalen Zusammenhaltes, bei der Kreisumlage den Kommunen zu helfen. Wir verbinden dies mit der Erwartung, dass die Kommunen mit diesen zusätzlichen Geldern Dinge anstoßen, die den negativen Folgen der Corona-Pandemie entgegentreten. Sparen wäre das falsche Signal. Soweit meine Ausführungen zu unserem Antrag.

Von BVB/ Freie Wähler liegt als Antrag vor, die Kreisumlage auf 35 Prozent zu senken. Für meine Fraktion kann ich zumindest sagen, dass unser Antrag solide errechnet wurde und wir uns in keinen Unterbietungswettbewerb begeben wollten. Dafür ist die Lage zu ernst - und es entspräche auch nicht unserem Verständnis von nachhaltiger, seriöser Politik.

Nun ist aber auch BVB/ Freie Wähler mit einer Finanzierung ins Feld gezogen. Wir lehnen ab, dass sie Streichungen bei den Freiwilligen Leistungen des Landkreises wollen. Sagen sie uns heute und doch bitte konkret, was gestrichen werden soll! Die Beauftragten für Antikorruption, Behinderte, Senior*innen, Integration, Bürgerschaft? Schullandheim, Kreismusikschule, Volkshochschule bzw. Kreismedienzentrum, Sportförderung, Frauenhäuser? Oder das Netzwerk für Gesunde Kinder? Oder die Zuschüsse an die Kinder- und Jugendarbeit des Kreisfeuerwehrverbandes? Vielleicht aber auch die Umweltstreife oder unser Klimaschutzprogramm? Oder will die Fraktion BVB/ Freie Wähler gar an die Fluglärmschutzberatung den Rotstift ansetzen?

Diese Aufzählung ist bei weitem nicht abschließend, zeigt doch aber exemplarisch auf, dass die so genannten freiwilligen Leistungen, die nach meinem Verständnis pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben sind, das Leben in den Gemeinden und Städten lebens- und liebenswerter machen. Und deshalb unterstützen wir auch, dass die Verwaltung nach der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport initiativ geworden ist für die Erweiterung der Kulturförderung und die Möglichkeit, auch im Jahr 2021 soziale Projekte und Sportvereine zu unterstützen.

Liebe BVB/ Freie Wähler, bitte überdenken sie ihren Antrag. Ein Unterstützen der vorliegenden Anträge zur Senkung auf 37,5 Prozent ist für sie kein Schaden. Ein Zusammenstreichen der vorgenannten Dinge, aus unserer Sicht, umso mehr.

Anrede,

lassen Sie mich kurz auf den Wunsch des Ludwigsfelder Bürgermeisters Igel eingehen, von Seiten des Landkreises eine „mittel- und langfristige Finanzplanung ersichtlich“ zu machen.

Ja, Herr Igel, der Wunsch ist legitim. Aber in einem Land, wo die Ausfinanzierung der Kommunen von Schlüsselzuweisungen und dem Willen der jeweiligen Parteien der amtierenden Landesregierung abhängt, ist das ein ambitionierter Wunsch. Ihre SPD-Parteigenossin und Finanzministerin will gerade die Finanzgrundlagen kurzfristig zu Lasten der Kommunen ändern. Gerade ist die Verbundquote für die Kommunen in drei Jahresschritten angehoben worden, da wird ein neues Gutachten bemüht, mit dem über 100 Millionen Euro den Landkreisen, Gemeinden und Städten in Brandenburg jedes Jahr weniger Finanzzuweisungen zur Verfügung gestellt werden sollen. Planbarkeit und solidarische Lastenverteilung in Krisenzeiten sieht anders aus!

Anrede,

nun wurde teilweise die Frage aufgeworfen, warum die Senkung der Kreisumlage von uns erst in 2021 angegangen wird. Liebe Anwesende, wir wissen doch wohl hoffentlich alle um die Rechtslage: Die Finanzlage ist erst amtlich, wenn sie in Jahresabschlüssen vom jeweiligen Kommunalparlament per Beschluss festgestellt ist. Manch ein Bürgermeister soll diesen Umstand bei den Jahresabschlüssen ja gezielt zum eigenen politischen Agieren bewusst nutzen. Aber das ist ein anderes Thema. Worauf ich hinaus will: Wir wissen seit letztem Dezember offiziell um die Rücklagen des Landkreises mit dem Paket der Jahresabschlüsse 2015-2017. Und das war auch Anlass über ein Kreisentwicklungsbudget zu reden. Den aktuellen Stand kennen wir alle und auch, dass wir noch Risiken für die Haushaltslage, Stichwort Corona-Pandemie, Afrikanische Schweinepest, zu bedenken haben - aber auch in die Zukunft investieren wollen.

Heute wird beispielsweise hoffentlich noch der Nahverkehrsplan beschlossen. Versehen mit einem einstimmigen Votum des Nahverkehrsbeirates, in dem alle unsere Kommunen vertreten sind. Der ÖPNV ist zwar den Landkreisen vom Land her per Gesetz als Aufgabe übertragen worden - aber nicht ausfinanziert. Der Nahverkehrsplan - der Ausbau des ÖPNV - ist meines Erachtens das Kreisentwicklungsbudget für die nächsten Jahre. Und das wäre gut angelegtes Geld, weil es hier um Nachhaltigkeit, um Zurückdrängung des Individualverkehrs geht - und damit letztlich auch Klimaschutz!

Anrede,

wir wissen aktuell um die Lage, aber nicht, wie sie sich am Ende des Jahres darstellt oder konkret in den nächsten zwei Jahren. Wir haben heute den finanziellen Spielraum für unseren Landkreis und auch für die Gemeinden und Städte.

Nein, nicht allgemein für die Städte und Gemeinden. Sondern für die Bürgerinnen und Bürger, die Menschen in Teltow-Fläming. Um die geht es und dafür sind die Senkung der Kreisumlage und der vorgelegte Haushalt der richtige Weg. Und verdient damit die Zustimmung von uns allen.